

Bezugspreis:

Vierteljährlich

für Bad Ems 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Postgebühren)
3 M. 27 Pf.Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emscher Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.**Preise der Anzeigen:**Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamezeile 40 Pf.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Ems, Adm.-Str. 95.

Fernsprecher Nr. 7.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 75

Bad Ems, Samstag den 29. März 1919.

71 Jahrgang.

Die Politik der Woche.

Europa ist noch immer in Gärung. Kaum scheint die Gefahr an einer Stelle beschworen, und schon drängen die Strahlen der Vorfreudensonne hoffnungserweckend über die Länder, da tritt der rauhe Märzwind wieder sein Regiment an und vernichtet mit Schneesturm und Hagelschlag die sich hervorwagenden zarten Blüten, um uns zu beweisen, daß der Völkerrückgang noch nicht gekommen ist. Man sagte fälschlich, daß, wenn die Osterglocken in die Lande läuten, der Friede kommen soll. Nun, wir wollen noch eine Spanne warten — haben wir doch nun schon an 5 Jahre in Geduld ausgeharrt —, denn wie die Winterstürme schließlich dem Sonnenmond weichen müssen, so muß auch der Krieg ein Ende haben.

Einstweilen sieht es noch böse aus am politischen Horizont. In Ungarn hat die fressende Sumpfpflanze, der Bolschewismus, Fuß gefaßt und droht, wenn nicht bald das Unkraut ausgejätet wird, üppig weiterzuwuchern. Zwar sind die Meldungen noch recht unklar, und allem Anschein nach dürfte vorerst nur die Hauptstadt — ähnlich wie in den anderen Ländern — von dem Uebel angegriffen sein. Ob und wie weit die Bewegung schon auf das Land übergegriffen hat, läßt sich noch nicht feststellen: aber angesichts des überragenden Vorranges der Sowjetregierung in Südrußland ist die Lage zweifellos sehr ernst, und schnelle Abwehr ist vonnöten. Immerhin ist anzunehmen, daß der gesunde vaterländische Sinne der Magyaren dem Uebel bald steuern wird. Auch hier dürfte es so sein, daß gewisse unklare Geister aus der infolge des eingetretenen Zusammenbruchs platzgegriffenen Unzufriedenheit Kapital zu schlagen versuchen und das Land mit sich reißen wollen. An Anhängern wird es ihnen auch in den übrigen Bundesländern zwar nicht fehlen, wenn sie auch nur eine kleine Minderheit ausmachen. Aber was diese anrichten kann, sehen wir in Deutschland gesehen, und so darf es die Volkswirtschaft an Energie nicht fehlen lassen, um schwere Schädigungen des Wirtschaftszusammenhangs zu vermeiden.

Wenig erfreulich war, was wir in vergangener Woche an der preussischen Landesversammlung zu hören bekamen. Finanzminister Dr. Südekum schenkte klaren Wein ein über die trübe Gestaltung der Finanzen. Die Staatseinkünfte reichen nicht mehr aus, um die schwebenden Schulden zu decken, insbesondere wegen der schlechten Gestaltung der Eisenbahnfinanzen. Der Staatshaushaltsplan bedarf zur Deckung des Gleichgewichts 786,15 Millionen Mark, die im Wege der Anleihe aufgebracht werden müssen. Angesichts dieser Sachlage ist vorauszusetzen, daß ein erhebliches und buntes Steuerbuckel überreicht werden muß. Es muß in den letzten Apfel geiffen werden, da jeder weiß, daß das Land Steuern nötig hat. Allerdings ist zu beachten, daß die Abgaben sich in solchen Grenzen halten, daß den einzelnen Wirtschaftszweigen nicht die Existenz abgeschnitten wird und ihnen noch Lust und Mut zur Entwicklung bleibt.

Die Friedensfrage.

Amsterdam, 27. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris vom 26.: Der Rat der Vier hat heute eine neue Sitzung abgehalten. Es verhandelt, daß wichtige Beschlüsse gefaßt worden sind. Es ist im Prinzip bezüglich dreier Fragen Übereinkunft erzielt worden, nämlich über die Frage der Wiedergutmachung, die Frage des Rheins, sowie über die Frage des Adriatischen Meeres. Es ist gut möglich, daß die Hoffnung, der vorläufige Friedensvertrag werde gegen Ende dieser Woche abgeschlossen werden, sich erfüllt.

Paris, 27. März. Dem New York Herald zufolge werden alle aufzuwerfenden Bedingungen in einem einzigen Friedensvertrage vereinigt werden, womit man rascher zu einer Unterzeichnung des allgemeinen Friedens kommen wird. Ein Deutschland, das bereit bekämpft würde, würde sich mit seinen Verbündeten den Friedensvertrag unterzeichnen und damit von selbst alle Vorteile erhalten, die im Völkerverbund bevorstünden.

Paris, 27. März. Reuter. Eine von maßgebenden verantwortlichen britischer Seite gestern abend abgegebene Erklärung beseitigt jeden Zweifel, daß im Friedensvertrag auf den Völkerverbund Bezug genommen wird. In der Erklärung wird hervorgehoben, daß im Friedensvertrag auf den Völkerverbund Bezug genommen werden wird. Daraus ergibt sich, daß der Völkerverbund im Friedensvertrag von deutschen Delegierten zur Kenntnis gebracht wird.

Freigabe von Lebensmitteln.

Amsterdam, 27. März. Es sind Anweisungen erteilt, daß die Lebensmittel für Deutschland, die bisher in Rotterdam aufgehalten worden sind, freigegeben werden, da die deutsche Regierung den Bedingungen der Alliierten nachgekommen ist.

Berlin, 26. März. Der Vorsitzende der britischen Kommission in Spa teilte am 23. März in einer Note mit, daß in Ausführung des Brüsseler Abkommens für rund 35.000.000 Dollar Nahrungsmittel aus amerikanischen Quellen und für rund 20.000.000 aus britischen Quellen zur sofortigen Lieferung bereit seien. Die deutsche Regierung werde um Mitteilung gebeten, wann die im Brüsseler Abkommen als Bezahlung hierfür vorgesehenen 11.000.000 Pfund Sterling Gold in Brüssel eintreffen würden. Da die Ueberführung des Goldes nach Brüssel, wie dem Verbaude bereits mitgeteilt wurde, am Mittwoch, den 26. März erfolgen wird, so dürfte mit dem Beginn der Lieferung der oben erwähnten Lebensmittel in kurzer Zeit zu rechnen sein.

Die Abwehr des Bolschewismus.

London, 27. März. An eine wirksame Unterstützung der ungarischen Kommunisten durch die russische Regierung ist nach einem Bericht, welchen das Foreign Office aus Moskau empfing, vorläufig nicht zu denken. Zwar werde ja wohl die Ukraine in kurzer Zeit ganz den Bolschewisten anheimfallen, doch dürfte trotzdem zu hoffen sein, daß die Alliierten Polen und die Jugoslawen Widerstandsfähigkeit erhalten können. Die größere Gefahr liegt zurzeit in Deutsch-Österreich vor, wo die Alliierten Vorkehrungen treffen, um die Scheidewand gegen den Osten stark zu machen.

Paris, 27. März. Nach Washingtoner Meldungen deuten die im Staatsdepartement eingetroffenen Nachrichten auf den Ernst der bolschewistischen Bewegung hin. Die Senatoren, welche Wilsons Gegner sind, klagen diesen an, in Europa den Ruin herbeizuführen durch die Hinausschiebung des Friedensschlusses mit Rücksicht auf die Verwirklichung seines Völkerverbundprojektes.

Ein Kommunisten-El Dorado.

Braunschweig, 23. März. Bei der heutigen Neuwahl für den Landtags-Parlamentarier sind in der Stadt Braunschweig für die Liste der Demokraten 1810, für die Unabhängigen und Kommunisten 10540, für die Mehrheitssozialisten 3316, für die vereinigten bürgerlichen Parteien insgesamt 1710 Stimmen abgegeben worden. Auf diesem Stimmenverhältnis wird die Stadt Braunschweig voraussichtlich im Landesparlament in Zukunft durch 12 Unabhängige und Kommunisten, 4 Mehrheitssozialisten, 2 Demokraten und 2 Mitglieder der vereinigten bürgerlichen Parteien vertreten sein. Obwohl die Unabhängigen und Kommunisten auch bei dieser Wahl in der Stadt Braunschweig, wie vorausgesehen war, es auf eine überwältigende Mehrheit brachten, muß immerhin der Erfolg aller übrigen Parteien um so höher bewertet werden, weil die Wahlberechtigung in Braunschweig durch Abgabe gesellhafter Bestimmungen zu Gunsten der unteren Klassen erheblich eingeschränkt wurde. Bisher setzte sich in Braunschweig der Landes- und S.-Rat nur aus Sozialdemokraten zusammen, und zwar zu 80 Prozent aus Unabhängigen und Kommunisten.

Die besetzten Gebiete.

Verordnung über den Postverkehr in den besetzten Gebieten. Laut der in Nr. 73 unserer Zeitung veröffentlichten Bekanntmachung ist es nunmehr auch gestattet, in geschäftlichen Briefverkehr mit dem unbesetzten Deutschland zu treten, unter der Bedingung, daß er durch die Postüberwachungskommissionen geprüft wird. Der private Briefverkehr mit dem unbesetzten Deutschland ist unter derselben Bedingung nur im Falle ernster Angelegenheiten gestattet.

Die Verproviantierung der rheinischen Gebiete durch die Alliierten Armeen.

Der Kommandant der 10. französischen Armee hat die Erlaubnis erhalten, der Bevölkerung Unterstützungen zu erteilen durch Abgabe von den Proviantkellern der Alliierten Mengen Reis und Fett, um die Verpflegung der Personen, die am meisten leiden, wie die Arbeiter und die armen Einwohner der großen Städte, wie Mainz, Wiesbaden, Worms, Biebrich, Höchst, so viel wie möglich zu verbessern. Diese Maßnahme ist nur vorübergehend, bis die allgemeine Verproviantierung durch die Alliierten fortsetzt. Die Armee wird sich bemühen, diese Lieferungen, wenn möglich, zu vermehren. General Mangin, Kommandeur der 10. Armee, hat den französischen Militärverwaltungen anheimgestellt, dafür zu sorgen, daß diese Waren denjenigen, die ihrer am meisten bedürfen, verteilt werden. Er hofft, recht bald diese Mengen vergrößern zu können. Er empfiehlt aber gleichzeitig der ganzen Bevölkerung im Interesse aller, die Verordnungen zu befolgen für die Verteilung und den Verbrauch der Lebensmittel. (Wiesb. Tagbl.)

Schmuggler-Banden.

Zürich, 27. März. Die Züricher Volkszeitung berichtet: Im badischen Grenzgebiet haben sich große Schmugglerbanden gebildet. Eine davon besteht aus 70 Mitgliedern. Die Banden betreiben einen wohlorganisierten Schmuggel. In den letzten Nächten wurde von 180 Mann

eine gemeinsame Aktion durchgeführt, wobei die Schmuggler sich mit modernen Gewehren, Handgranaten, Revolvern usw. bewaffnet hatten. Da diese Banden meistens aus entlassenen Soldaten bestehen, sind die Vorkämpfer vollkommen kampfmächtig. Auch russische Bolschewiken-agenten sind in den letzten Tagen nach der Schweiz zurückgekommen. Ebenso spricht man von verschiedenen in die Schweiz eingeschmuggelten Maschinengewehren. Nach den Informationen des Züricher Blattes aus den Grenzabschnitten vom Bodensee bis Basel steht fest, daß die militärische Bewachung dort den außerordentlichen Ansprüchen nicht genügt, weshalb vom Bundesrat ein vermehrter Satzung der schweizerischen Nordgrenze dringend geordert wird.

Deutsch-Österreich.

Wien, 27. März. Wie aus Paris gemeldet wird, liegt für die Festlegung der deutsch-österreichischen Grenze bereits ein Vorschlag der territorialen Kommission vor, wonach Deutsch-Österreich etwa bis Neumarkt, südlich von Bozen, bei Deutsch-Österreich verbleibt.

Kempten, 27. März. Die Allgäuer bemühen sich eifrig um den Anschluß Borsberg an Bayern. So hat das Magistratskollegium der Stadt Kempten den Antrag des Bürgermeisters Dr. Meißner angenommen, den Borsbergern zu sagen, daß sie ihnen willkommen seien, denn sie seien wie die Söhne des Schwabenstammes. Der Minister des Äußeren in München, desgleichen derjenige in Berlin seien zu bitten, mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß dieses urdeutsche Land dem großen deutschen Vaterland erhalten werde.

Wien, 27. März. Der Generalkriegsminister auf sämtlichen Eisenbahnen ist heute ausgebrochen. Die Eisenbahnen äußern die bestimmte Erwartung, daß die Entente eingreift.

Wien, 27. März. Die Mittagsausgabe des „Neuen Wiener Journal“ teilt mit: Seit 9 Uhr ist der Generalkriegsminister auf sämtlichen Bahnen ausgebrochen. Die Lohnforderungen scheinen bloß ein Vorwand zu sein. Es handelt sich offenbar um einen politischen Streik.

Die preussische Landesversammlung.

Am Ministertische: Hirsch, Deier, Braun, Siedel. Abg. Adolf Hoffmann (A. S.) brachte einen Antrag ein, den 1. Mai und den 9. November zu Nationalfeiertagen zu erklären.

Darauf wird die Besprechung der Erklärung des Staatsministeriums vom 23. März fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister Braun: Die einseitige agrarische Interessenvertretung, wie sie von den Freunden des Herrn v. Kardorff gelebt wird, hat starke Gegensätze zwischen den landwirtschaftlichen und anderen Bevölkerungskreisen hervorgerufen. Sie haben viel zur gewalttätigen Entwicklung im November beigetragen. Ist vernünftige die revolutionären Kundgebungen, die sich jetzt wieder in landwirtschaftlichen Versammlungen usw. äußern. Gegen etwaige Wiederholungen werde ich mit allen Mitteln einschreiten. Die Landwirtschaft ist der einzige Erwerbszweig, der restlos mit allen seinen Gliedern im Kriege Guttes geleistet hat. Ich hoffe, landwirtschaftliche Streiks werden im Volke keinen Boden finden. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung wird kräftige Mittel bereitstellen, um die Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten. Vor allem muß sie genügend Arbeitskräfte bekommen. Diese sind vorhanden, höhere Löhne können bei einer intensiveren Gestaltung des landwirtschaftlichen Betriebes sehr wohl gezahlt werden. Dem ländlichen Schul- und landwirtschaftlichen Nachwuchs werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit schenken. Ich gedenke, künftig die Domänen über mich nicht mehr zu verpachten, sondern sie teils in Staatsmutterwirtschaften umzuwandeln, teils sie in genossenschaftliche Bewirtschaftung zu bringen.

Abg. v. Richter (Deutsche Volksp.): Der Minister hätte für die treue Arbeit der Landwirtschaft, namentlich der kleinen Bauern während des Krieges wohl ein Wort der Anerkennung finden können. (Sehr richtig! rechts.) Wir nehmen mit tiefem Schmerz Abschied von dem alten Preußen. Es berührt uns aufs schmerzhafteste, daß der Ministerpräsident für die Hohenzollern kein Wort des Dankes gesagt hat, daß er sie nicht einmal der Erwähnung für wert hielt. Die Verordnung für die Gemeindevahlen ist ungerecht und ungünstig. Ein merkwürdiger Vorgang war es, daß uns hier ein Minister vorgestellt wurde für ein Amt, das wir noch gar nicht bewilligt haben. Es hätte uns bezüglich der Verrichtung eines Wohlfahrtsministeriums doch zuerst eine Vorlage gemacht werden müssen. Ein Nachteil des parlamentarischen Systems ist eine gewisse Betrübniswirtschaft. (Widerpruch.) Wir wünschen nicht, daß mit jedem Ministerwechsel auch ein Wechsel der politischen Beamten erfolgt. Die Arbeiter- und Soldatenräte will die Regierung erhalten, sie sind aber nichts anderes als Stellen für sozialdemokratische Propaganda, und dafür werden sie vom Staat bezahlt. (Rufe bei den Sozialisten: Unwahrscheinlich.)

Abg. Schreier (Soz.): Die Sehnsucht nach einem neuen starken Mann, die hier Herr v. Kardorff zum Ausdruck gebracht hat, könnte unserer Waffensollstandskommission Schwierigkeiten bereiten. Notwendig ist die eifrige Demokra-

ifizierung der ganzen Verwaltung. Die Bürgerwehren dürfen nicht zu etwaigen Schutzwehren rückständiger Landräte gemacht werden. Die Durchführung des Sozialismus kann nur auf organischem Wege erfolgen und kann unter Umständen Jahrzehnte dauern. Jede Gewalttätigkeit lehnen wir ab.

Abg. Schmedding (Zr.): In die Ausgaben der vergangenen Monate wird noch gründlich hineingesehen werden müssen. (Sehr richtig im Zentrum.) Die Art der Entschädigung der A- und S-Märe widerspricht allen staatsrechtlichen Grundsätzen. (Sehr richtig.) Wir werden das Programm der Regierung, soweit wir es billigen, verwirklichen helfen. (Beifall bei dem Zentr.)

Abg. Dr. Frenzel (Dem.): Auch wir fordern Aufschluß über den Verbleib der großen Summen, die unsere Staatsschulden auf ihre jetzige Höhe anzuheben ließen.

Ein Regierungskommissar ergänzt die gestrigen Ausführungen des Finanzministers zur Tarifreform. Die Tarifreform mußte im Wege der Verordnung durchgeführt werden, weil große Beschleunigung notwendig war. Der Güterverkehr verteuert sich um 60, der Personenverkehr in der 4. Klasse um 25 Prozent, in der 3. Klasse um 30 Prozent, in der 2. Klasse um 40 Prozent und in der 1. Klasse um 100 Prozent. Dazu treten Schnellzugzuschläge in der 3. Klasse von 1 bis 3 Mk. in den höheren Klassen von 2 bis 6 Mk. Der Mindestpreis für eine Schnellzugsfahrt wird in der 1. Klasse 5 Mk., in der 2. Klasse 10 Mk. und in der 3. Klasse 17 Mk. betragen.

Abg. Hergt (Deutschnat.): Der Vorwurf gegen Herrn v. Kardorff, seine Rede sei provokatorisch gewesen, ist ungegründet. Scharf war Herr v. Kardorff nur bei der Abwehr des Vorwurfs, daß wir die Schuld an dem Kriege hätten. Gewiß sind wir während des Krieges für das Durchhalten eingetreten. Das geschah, weil wir an den guten Stern unseres Volkes glaubten. Kann man uns deshalb einen Vorwurf machen? Die Revolution war völlig überflüssig, denn vor dem 9. November stand es schon fest, daß die Krone mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht auch für die Frauen einverstanden war, ebenso mit dem parlamentarischen System und mit der Beseitigung der Kommandogewalt des Kaisers. Es wäre also ohne Revolution materiell das Gleiche erzielt worden. Der Kaiser wäre dann in Wahrheit nichts anderes als ein örtlicher Präsident gewesen. Sie haben sich dafür verbürgt, daß keine Revolution eintreten würde, wenn die übrigen Forderungen erfüllt würden. Wer sich in dieser Weise verbürgt, der kann selbst nicht von der Notwendigkeit einer Revolution überzeugt sein.

Ministerpräsident Hirsch: Was ich gestern über die Gegenrevolution sagte, war völlig ernst. Sie lauern nur auf den Augenblick, um die Errungenschaften durch reaktionäre Zustände zu ersetzen. Entschieden verweigere ich mich gegen den Vorwurf, etwa ein Schuldgeheimnis am Kriege abgelegt zu haben. Weiß Herr Hergt nichts mehr von der Agitation seiner Freunde gegen die Friedensresolution des Reichstages? Wichtig ist, daß schon vor dem 9. November ein Antrag mit weitgehenden Zugeständnissen an die Demokratie vorbereitet war, aber er kam eben zu spät. Die Revolution war nicht mehr aufzuhalten.

Finanzminister Dr. Sadekum: Wir haben zum Teil Lasten übernommen, die sich aus den Unterlassungen der früheren Regierung erklären. Das gilt insbesondere von den Aufbesserungen der Arbeiter und Beamten. Hätte die frühere Regierung die berechtigten Forderungen auf diesem Gebiete erfüllt, dann wäre uns manche schwere Stunde erspart geblieben. Uebertriebenen Lohnforderungen hätte dagegen ein Ziel gesetzt werden müssen. Es ist das Schicksal eines Finanzministers, sich unpopulär zu machen. Ich habe den Mut, dieses Schicksal auf mich zu nehmen. Wir müssen die Produktion rationieren und verstaatlichen. Bezüglich der Kriegsanleihen halte ich an der Garantie zu ihrer Aufrechterhaltung und Verzinsung fest. Das ist eine Ehrenpflicht. Wir werden doch nicht diejenigen Besizenden bestrafen, die ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande erfüllen und diejenigen schonen, die etwa ihr Geld in dessen in Schiebergeschäften anlegen. (Beifall.)

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Rotetat. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Kaiser und Kronprinz

Berlin, 26. März. Zu den Novembervorgängen veröffentlicht die Deutsche Tageszeitung einige Schriftstücke. Der Kaiser schrieb an den Kronprinzen am 9. November abends eigenhändig:

Mein lieber Junge! Nachdem der Feldmarschall mir gemeldet hat, daß er meine Sicherheit im Hauptquartier nicht mehr verbürgen könne, und auch die Truppen nicht mehr zuverlässig seien, habe ich mich nach schwerem inneren Kampf entschlossen, das zusammengebrochene Heer zu verlassen und nach Holland zu gehen. Ich rate dir, bis zum Abschluß des Waffenstillstandes auf deinem Posten auszuhalten. In Berlin bekämpfen sich unter der Führung Ebert-Vielnecht zwei Regierungen. Hoffentlich auf Wiedersehen in besseren Zeiten.

Dein treuer Gefolgsmann Vater Wilhelm.

Am 11. November vormittags ließ der Kronprinz bei der Revolutionsregierung anfragen: „Der Kronprinz hat den dringenden Wunsch, auf seinem Posten zu bleiben, um wie jeder andere Soldat seine Pflicht zu tun. Er wird das Heer in straffer Disziplin und Ordnung in die Heimat zurückzuführen und verpflichtet sich, in keiner Weise in dieser Zeit gegen die jetzige Regierung etwa zu unternehmen. Wie stellt sich die Regierung zu dieser Frage?“

Am 12. November ließ die Antwort ein, nach dem Vortrag des Kriegsministers Scheidt mußte die Regierung die Anfrage des Kronprinzen verneinend beantworten.

Infolge dieser Antwort legte der Kronprinz den Oberbefehl durch ein Schreiben an Hindenburg nieder, in dem er noch einmal seine Stellungnahme in kurzen Zügen darstellte und dem Feldmarschall die Verwendung seiner Worte anheimstellte. Er schreibt:

„Nur im Gegensatz zu den vielen ungerechten Stimmen, die mich von jeder als Kriegsheer und Reaktionsär hinduzustellen bemühen, habe ich von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß der Krieg für uns ein Verteidigungskrieg war. Immer wieder habe ich 1916, 1917 und 1918 maßgebenden Persönlichkeiten gegenüber betont, daß Deutschland mit allen

Mitteln das Ende des Krieges suchen und froh sein müsse, sich gegen die ganze Welt auf dem status quo zu behaupten. Seit Jahr und Tag habe ich in vielen Unterredungen mit Hindenburg einem weisen Verständigungsfrieden das Wort geredet und die Auffassung vertreten, daß die Gelegenheit hierfür die günstigste war, als wir vor und auch während der Frühjahrsoffensive machten und kraftvoll dahinstanden. Innerpolitisch war ich der letzte, der sich einem freihetlichen Ausbau unseres Staatslebens verschloß.“

Diese Auffassung habe ich auch Prinz Max von Baden noch vor wenigen Tagen schriftlich dargelegt. Trotzdem ging man über mich als Kronprinz und Thronfolger einfach zur Tagesordnung über. Ein Verzicht wurde von mir weder gefordert noch geleistet.

Der Kronprinz legt gegen die Vergeßlichkeit seiner Person, Rechte und Ansprüche Verwahrung ein und erklärt angesichts des Beschlusses der Regierung weiter: „Ich glaube, solange auf meinem Posten geblieben zu sein, wie meine Ehre als Offizier und Soldat es mir vorschrieb, und schließt mit dem heißen Wunsch, daß unser geliebtes Vaterland aus den schweren Stürmen den Weg zu innerer Gesundung und einer neuen besseren Zukunft finden möge.“

Deutschland.

D Schaffung eines Staatsgerichtshofes. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die von uns aus außen- und innerpolitischen Gründen wiederholt geforderte Untersuchungskommission über die Vorgänge bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges in aller nächster Zeit Wirklichkeit werden wird und zwar durch die sofortige Schaffung eines Staatsgerichtshofes, der zwar in der Verfassung bereits vorgesehen ist, der aber durch ein vorläufiges Gesetz möglichst bald errichtet werden soll.

Kommunales.

Die Hallenser Stadtverordnetenwahlen ungültig? Aus Halle wird gemeldet: Infolge vieler Einsprüche gegen die Stadtverordnetenwahlen, die durch Straßenkämpfe schwer gefährdet waren, so daß in einzelnen Wahllokalen überhaupt nicht gewählt werden konnte, wurde auf ministeriellen Eingriff die Einführung der neu gewählten Vertreter, die am Montag stattfinden sollte, abgelehnt. Die Ungültigkeitserklärung der Wahlen steht bevor. Auch in Erfurt haben der Bürgerausschuß und der Bürgerrat in einer gemeinsamen Sitzung die Anfechtung der Stadtverordnetenwahlen beschlossen und einen Einspruch aufgesetzt, der nach Sammlung weiterer Unterschriften dem Magistrat überreicht werden soll.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!: Vom Landsturmabteilung Erbach i. D. Aus einer in Frankfurt a. M. stattgefundenen Versammlung von Angehörigen des noch in Rumänien und Serbien befindlichen Landsturmabteilung Erbach, was sich ausschließlich aus Hessen und Hessen-Rassauern rekrutiert, wurde mitgeteilt, daß dem Bataillon Hilfe naht. Deutsche Ärzte, Arznen und Verbandmaterial sind bereits nach den Internierungslagern unterwegs. Ihnen wird eine Kommission deutscher Offiziere folgen, die den Abtransport nach Deutschland in die Wege leiten soll. Besonders Rumänien steht der Herausgabe des Bataillons sympathisch gegenüber. Ein Lazarettzug mit Kranken und Verwundeten befindet sich bereits unterwegs und wird in den nächsten Tagen in Deutschland eintreffen.

!: Oberursel, 23. März. Der Schaden, den das Großfeuer am Freitagabend in der Hartpapierwarenfabrik Hohemark anrichtete, ist nach neueren Feststellungen erheblich höher als ursprünglich angegeben war. Der Gebäudeschaden wird auf 90 000 Mark, der Wert der verbrannten Maschinen und Warenvorräte auf 800—900 000 Mark veranschlagt.

!: Hachenburg, 24. März. Zahlreichen hiesigen Pferdebesitzern, die eine rechtmäßige Erwerbung ihrer Pferde nicht nachweisen konnten, wurden die Tiere durch eine Militärkommission beschlagnahmt.

!: Frankfurt a. M., 23. März. Für Volksbildungszwecke wurden der Stadt von ungenanntem Seite 100 000 Mark zugewiesen. — Bei einem Wohnungseinbruch in der Albnäthner Straße wurden für 40 000 Mark Silberfachen und Kleider und 6000 Mark Kriegsanleihepapiere gestohlen. — Die Lohnbewegung der Gasthausangestellten wurde dem Schlichtungsausschuß zur Entscheidung überwiesen. — Der Streik in der Herrenkonfektionsbranche ist beendet, da die Arbeitgeber die Forderungen bewilligten. — Die diesjährige Frühjahrsmesse dauert vom 9. bis 19. April.

!: Frankfurt a. M., 26. März. Der Polizeipräsident als Sprachlehrer. Der Frankfurter Polizeipräsident Dr. Singheim richtete an die Beamtenschaft des Polizeipräsidiums eine Verfügung über das „Altkendisch“ und „häßliche Redewendungen im amtlichen Schriftverkehr“, die weiteste Beachtung und Nachahmung auch in anderen Amtsstuben verdient. Es heißt u. a.: Im gesamten Schriftverkehr ist das sogenannte Altkendisch zu vermeiden. Mit einer überlebten Bürokratie muß auch deren Ausdruckswelt beseitigt werden; denn ein gutes Schriftdeutsch an Stelle bürokratischer Redewendungen ist nicht nur dem Publikum verständlicher, sondern hebt auch die Klarheit aller Verhandlungen im inneren Dienstverkehr. Veraltete Höflichkeitsfloskeln, wie z. B. die Anrede „Euer Hochwohlgeborn“ sind unbedingt auszumergen. Ferner ist eine große Anzahl von häßlichen Redewendungen im amtlichen Schriftverkehr üblich, die durch Ausdrücke zu ersetzen sind, die mehr dem Sprachgefühl entsprechen. Es sind zu ersetzen „die diesseitige Behörde“ durch das Wort „wir“ oder durch den Namen der Dienststelle; „jenen Behörde“ durch „Sie“ oder den Namen der angesprochenen Dienststelle, „nach diesseitigem Ermessen“ durch „unserem Ermessen“, die grammatikalisch falsche Bildung „seitens“ durch „von“ oder „durch“ usw. Der Präsident bittet zum Schluß seines Rundschreibens, überall im Schriftwesen nach diesen Anregungen zu verfahren.

!: Frankfurt a. M., 21. März. Der Verband der Gasthausangestellten hat sämtlichen chemischen Werken des Rhein-Raingerbietes eine Forderung auf Vereinheitlichung der Arbeitslöhne unterbreitet. Die Firmen stimmten dem Antrag auf Verhandlungen zu, sie sagten zwar Lohn erhöhungen zu, lehnten jedoch die Vereinheitlichung der Löhne ab und erklärten, daß der Abschluß eines Reichstarifs für die ganze chemische Industrie in Aussicht genommen sei. — Die An-

gestellten der Rhein- und Seefischungsgegend sind heute wegen Lohnfragen in den Ausstand getreten. Die Arbeiter der Gesellschaft schlossen sich der Bewegung an. — Die Arbeitgeber des Gasthausgewerbes lehnten heute die Forderung der Angestellten auf feste Löhne ab, erklärten sich aber zur Gewährung von Feuerungszulagen bereit. Am Samstag soll ein letzter Einigungsversuch zwischen beiden Parteien vorgenommen werden.

!: Fachsenheim, 26. März. Französischer Besatz in Fachsenheim. Hier traf ein französischer Hauptmann auf dem Rathaus ein, um sich bei dem stellvertretenden Bürgermeister nach den örtlichen Verhältnissen zu erkundigen, namentlich in der Richtung, ob Ruhe herrscht, keine politischen Ausschreitungen oder Unruhen zu befürchten seien und wie sich die Arbeitsverhältnisse gestalten haben. Der Bürgermeister an dem Besuch war, daß der Offizier, der in acht bis zehn Tagen werden, größere Sendungen von Lebensmitteln für die Gemeinde Fachsenheim eintreffen wird.

!: Cronberg, 21. März. Durch die Besetzung Cronbergs und der übrigen Taunus-Erdbereiche steht die Zufuhr der Erdbeeren in das unbesetzte Gebiet vornehmlich auf große Schwierigkeiten. Um die gewaltige Ernte nicht dem Verderben preisgeben zu müssen, haben die Erdbeergärtner durch Vermittlung des Bürgermeisters ein Verbot an die französische Militärbehörde gerichtet. Die Entscheidung wird in diesen Tagen erwartet.

!: Groß-Gerau, 21. März. Die Schädigungen in der Lebensmittelzufuhr durch Geheimschlachtungen, Nichtbeachtung der Ablieferungspläne für Milch, Fleisch, Getreide und Kartoffeln und den Schleichhandel in Verbindung mit dem Hamstererunwesen nehmen im Kreise nachgewiesenen katastrophalen Umfang an. Das Kreisamt Groß-Gerau hat nunmehr zur Bekämpfung dieser Mißstände die aller schärfsten Maßnahmen ergriffen. Alle Beamte, die es an der nötigen Energie zur Durchführung der Vorschriften fehlen lassen, werden ihres Amtes enthoben, und die Gemeindevorstände, die ihrer Ablieferungspläne nicht nachkommen, erhalten auf ihre Kosten besondere Gendarmereisaktionen. Sämtliche Beamte erhielten zur Überwachung der Schleichhändler und Hamsterer dauernde Wachkommandos. Die französische Militärbehörde hat ihre Mitarbeit in der Bekämpfung der Schleichhändler in Aussicht gestellt.

!: Bergen-Enfheim, 21. März. Die Gemeindevertretung beschloß einstimmig die Aufnahme von Eingemeinderungsverhandlungen mit Frankfurt a. M.

!: Treysa, 24. März. Aus der hiesigen Glashausungunst wurde der elektrische Motor gestohlen. Der Betrieb steht infolgedessen still.

Aus Bad Ems und Umgegend.

!: Grupplicht. Auf die nunmehr laut Verordnung der Militärbehörde eingeführte Grupplicht gegenüber den französischen Offizieren sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht.

!: Versammlung. Die sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Ems, hält heute abend 8 Uhr im „Römisches Hof“ eine Versammlung ab.

!: Beamtenverein. Der Beamtenverein Ems hält heute abend 6 1/2 Uhr im Rheinischen Hof seine Hauptversammlung ab.

Aus Diet und Umgegend.

!: Limburg, 27. März. Aus amerikanischer Gefangenschaft. Gestern abend 11 Uhr trafen auf dem Bahnhof Limburg 1000 deutsche Sanitätsmannschaften an amerikanischen Wagern ein. Der Transport nahm zwei Stunden in Limburg als der ersten vom Feinde unbesetzten deutschen Stadt Aufenthalt. Es wurde ihm ein feierlicher Empfang durch Vertreter der Militärbehörden, des Kreises und der Stadt Limburg zuteil. Um 1 Uhr trafen weitere 1000 Mann ein. — Durch die Polizei wurde ein Lastkraftwagen angehalten, der mit einer größeren Ladung Hamsterwaren nebst den zugehörigen Hamstern beladen war. Es wurden u. a. ein 50 Zentner Weizen und Getreide beschlagnahmt. Der Wagen stammte aus Benerbach i. T. und befand sich auf der Reise nach dem Siegerland.

Aus Nassau und Umgegend.

!: Kleinschwan. Der Tierarzt Dr. Hartnack hierher ist zum Ergänzungsfleischbeschauer in den Schaubezirken Treysa 1 und 2 sowie in den Gemeinden Schwaldbach (Schwalb) und Dornholzhausen ernannt worden.

Fortsetzung des redaktionellen Teils im amtlichen Kreisblatt.

Freiwillige Versteigerung.

Mittwoch, 2. April u. Donnerstag, 3. April werden in Bad Ems, Bahnhofstr. 8, Haus „Blücher“, eine Anzahl gut erhaltene

kompl. Betten, Sofas, Stühle, Tische, Bilder, Spielzeug, Bettwäsche u. dergl. mehr gegen Barzahlung meistbietend versteigert.

Günstige Einkaufsgelegenheit! für Wiederverkäufer.

Zigarren

in den Preislagen von 350, 420, 450, 500, 550 bis 800 Mk. pro Mille, stets vorrätig

Theodor Bleitgen, Diez, Telefon 284.

Alle diejenigen, die noch Forderungen an die verstorbene ledige Anna Maria Schmidt zu Eppenro haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben bis zum 5. April d. s. Jahres bei dem unterzeichneten Nachlasspfleger anzumelden.

Hermann Anton Roth, Eppenrod.

367)

